

mandatsmeldung.



MÄRZ
2023

INHALTE

Freiheit statt Verbote!

Michael Frieser, S. 1

EU muss Flächenstilllegung stoppen

Sebastian Brehm, S. 2

"Scholzing" im "Deutschland-Tempo"

Tobias Winkler, S. 2

An der Seite der Galeria-Mitarbeiter

Karl Freller, S. 3

Seniorenmitwirkungsgesetz ab 1. April

Barbara Regitz, S. 3

U-Ausschuss: die wahren Hintergründe

Jochen Kohler, S. 4

Haushalt 2023: 71 Milliarden Euro

Hans Herold, S. 4

Haushalt 23: Justizetat mit klarem Plus

Petra Guttenberger, S. 5



FREIHEIT STATT VERBOTE – DEN MÜNDIGEN BÜRGER STÄRKEN

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde,

Zwang zum Austausch von Öl- und Gasheizungen, Verbrenner-Aus, Werbeverbot für Süßigkeiten – in ihrer Politik setzt die Ampel-Koalition gerne auf Verbote und Bevormundung. Die CDU/CSU hingegen setzt auf gesunden Menschenverstand, Freiheit, Technologieoffenheit, Verhaltensanreize – mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht gegen sie.

Keine Frage: Wir alle wollen, dass sich unsere Kinder ausgewogen ernähren und dass sie gesund heranwachsen. Hier sind pauschale Verbote aber der falsche Weg. Es ist einfacher Werbung für Süßes zu verbieten, als Kindern beizubringen was zu einer ausgewogenen Ernährung gehört, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen im Umgang mit Werbung zu stärken und sie für Sport und Bewegung zu begeistern.

Die von Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir geplanten Werbeverbote sind das falsche Instrument: Er möchte beispielsweise pauschal TV-Werbung für viele Lebensmittel im Zeitraum von 6 bis 23 Uhr verbieten und würde das Sponsoring kultureller und sportlicher Veranstaltungen in der bisherigen Form unmöglich machen. Damit wäre niemandem geholfen. Besser Genuss in Maßen statt maßlose Verbote. Auch beim Verbot des Verbrennungsmotors und dem Verbot von Öl- und Gasheizungen soll die Bevormundung weitergehen und der Klimaschutz gegen den Bürger auf seine Kosten, insbesondere beim Wohnen und der Mobilität erreicht werden. Wir setzen uns hingegen für technologieoffene Lösungen ein und vertrauen auf die Innovationskraft unseres Landes.

Unser Land braucht Führung, Taten, pragmatische Lösungen und eine Regierung, die die Menschen mitnimmt, statt Zank und Zaudern.

Beste Grüße

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach

"Allein die deutschen Landwirte könnten bis zu einer Million Tonnen Getreide zusätzlich produzieren."

Sebastian Brehm
MdB Nürnberg-Nord
[Website](#)



EU MUSS FLÄCHENSTILLEGUNG STOPPEN

Russlands Überfall auf die Ukraine hat nicht nur die europäische Friedensordnung ins Wanken gebracht. Die Verwüstungen durch russische Truppen und damit verbundene Probleme beim Export landwirtschaftlicher Produkte lassen mit der Ukraine einen der weltweit größten Exporteure für Getreide weitgehend ausfallen. Die Fernwirkungen haben längst die Supermärkte, Bäckereien und Fleischereien - und die Geldbeutel der Verbraucherinnen und Verbraucher erreicht. Auch die Versorgung der Menschen in den Hungerregionen dieser Welt ist noch prekärer geworden ist. Die Europäische Union muss in dieser Situation mehr Verantwortung übernehmen und handeln. Die Sicherstellung der Welternährung und die politische Verantwortung für eine erschwingliche und gesunde Ernährung für alle Bürgerinnen und Bürger erfordern ein Umdenken in der deutschen und europäischen Agrarpolitik. Eine EU-weite Stilllegung von vier Prozent der in Produktion befindlichen landwirtschaftlichen Flächen ab 2024 passt vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen nicht mehr in die Zeit. CDU und CSU haben die Bundesregierung deshalb jetzt in einem Antrag aufgefordert, sich in Brüssel für die Aussetzung der Stilllegung über das Jahr 2023 hinaus einzusetzen. Etwa drei Millionen Hektar Fläche blieben dadurch EU-weit für die landwirtschaftliche Produktion erhalten. Allein die deutschen Landwirte könnten so schätzungsweise zwischen 600.000 und eine Million Tonnen Getreide zusätzlich produzieren. Das würde den Preisdruck für Nahrungsmittel mindern und die Versorgung der Hungerregionen erleichtern - und die Einkommen unserer Landwirte verbessern.

"Die selbsternannte Fortschrittskoalition scheitert am eigenen Anspruch."

Tobias Winkler
MdB Fürth
[Website](#)



"SCHOLZING" IM "DEUTSCHLAND-TEMPO"

Mit dem von der Ampel eingeführten Begriff „Deutschland-Tempo“ könnte die beeindruckende Geschwindigkeit gemeint sein, mit der die Regierung bei unseren europäischen Partnern Vertrauen verspielt. Ob bei der Energie-Solidarität, der Unterstützung der Ukraine oder wie zuletzt in Brüssel, beim „Verbrenner-Aus“. In der englischsprachigen Welt hat der Begriff „scholzing“ bereits traurige Berühmtheit erlangt. Die Definition lautet: „Gute Absichten kommunizieren, um dann jeden möglichen Grund zu finden, zu nutzen oder zu erfinden, um diese dann zu verzögern und/oder sie zu verhindern.“ Die treffende Beschreibung des Regierungsstils von Olaf Scholz kann man als neutraler Beobachter amüsant finden, aber dass man sich mittlerweile über uns lustig macht, zeigt, wie der gute Ruf Deutschlands leidet. In Brüssel gibt es seit vielen Jahren den Begriff „German Vote“. Damit wird eine Enthaltung bezeichnet, da es im föderalen Deutschland früher schon schwierig war, sich in wichtigen Positionen rechtzeitig mit den Bundesländern abzustimmen. Heute ist die „German Vote“ wieder in aller Munde, allerdings ist damit die fehlende Einigung innerhalb der Ampel gemeint. Zu vielen Fragen erhält man in Brüssel drei verschiedene Antworten, abhängig davon, ob man SPD, FDP oder Grüne fragt. Aber nicht nur im Ausland, auch bei der eigenen Bevölkerung stärkt es nicht gerade das Vertrauen, wenn kurz nach der Regierungsklausur schon die nächste Krisensitzung ansteht und nach 30-stündiger Tag- und Nachtsitzung ein Papier mit vielen Zielen beschlossen wird, für die der Finanzminister keinen einzigen Cent freigeben möchte. Konkret wurde es lediglich bei der Erhöhung der LKW-Maut. Allerdings werden die 45 Mrd. Euro Mehreinnahmen, die in den Ausbau der Bahn fließen sollen, auf den Verbraucher umgelegt und so zu weiteren Kostensteigerung beitragen. Die selbsternannte „Fortschrittskoalition“ steckt in der Krise und scheitert am eigenen Anspruch, „alles anders“ machen zu wollen.



„Von politischer Seite aus will ich alle Hebel in Bewegung setzen, um eine Schließung abzuwenden.“

WIR STEHEN AN DER SEITE DER GALERIA-MITARBEITER

Die drohende Schließung der Galeria-Standorte in Nürnberg ist inakzeptabel. Für Nürnberg wäre dies ein schwerer wirtschaftlicher Schlag, da gleich zwei Filialen betroffen wären. Nicht nur hängen rund 370 Arbeitsplätze an den beiden Nürnberger Filialen. Derzeit besuchen rund 15.000 Kunden täglich alleine die Galeria-Karstadt Häuser im Zentrum der Nürnberger Innenstadt, an Wochenenden zählt man sogar bis zu 25.000 Besucher. Das macht diese Filialen zu einem der Top-Standorte des Konzerns in Deutschland – und eben auch zu einem Magnetpunkt in der Innenstadt. Von diesem Magneten profitiert der gesamte Einzelhandel in der Nürnberger Innenstadt. Identisch verhält es sich mit dem zweiten Karstadt-Standort im Nürnberger Stadtteil Langwasser. Dort ist die Karstadt-Filiale so etwas wie das Herz des dortigen Einkaufszentrums und der größte Einzelhandelsstandort im Nürnberger Süden. Auch hier profitieren viele kleinere Geschäfte von der Kundschaft des Karstadt-Kaufhauses. Ich werde mich für den Erhalt der beiden Nürnberger Filialen stark machen. Gerade der Karstadt ist ein zentraler Magnetpunkt hier im Franken-Center, was wiederum der größte und wichtigste Einzelhandelsstandort im gesamten Nürnberger Süden ist. Von politischer Seite aus will ich alle Hebel in Bewegung setzen, um den Verlust der Arbeitsplätze abzuwenden. Wir müssen alles tun, dass die beiden Kaufhäuser fortbestehen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz nicht verlieren!

Karl Freller
MdL Nürnberg-Süd
[Website](#)



„Ab sofort mehr Mitsprache und Beteiligung“

Barbara Regitz
MdL Nürnberg-Nord
[Website](#)



SENIORENMITWIRKUNGSGESETZ AB 1. APRIL IN KRAFT

Gute Nachrichten habe ich für Bayerns Seniorinnen und Senioren – nämlich ab sofort mehr Mitsprache und Beteiligung für sie. Das ermöglicht die CSU-Fraktion mit ihrem Seniorenmitwirkungsgesetz, das vom Bayerischen Landtag im März beschlossen wurde. Damit sollen alle Gemeinden künftig eine ehrenamtliche Seniorenvertretung einrichten. Auf Landesebene gibt es demnächst einen Landesseniorenrat, der künftig bei allen Entscheidungen der Staatsregierung, die Interessen von Senioren betreffen, gehört wird. Als seniorenpolitische Sprecherin der CSU-Landtagsfraktion freue ich mich, dass ich mit meinem Engagement dazu beitragen konnte, dass dieses Seniorenmitwirkungsgesetz nun tatsächlich in Bayern Wirklichkeit wird. Der Weg dahin war lang und oft nicht einfach. Es ist ja die ureigenste Aufgabe des Bayerischen Landtags, Gesetze zu beschließen und dabei, jetzt direkt mitgewirkt zu haben, stimmt mich froh. Der CSU und mir als zuständige Sprecherin ist es sehr wichtig, dass wir die Interessen, aber auch die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren bei unseren Entscheidungen berücksichtigen – sei es vor Ort in der Gemeinde oder auf Landesebene. Das gilt v.a. für die Themen, wo die Belange von älteren Menschen direkt berührt sind wie z.B. bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum. Mehr Mitspracherechte und Gestaltungsmöglichkeiten werden für viele auch eine zusätzliche Motivation sein, sich politisch zu engagieren. Auf das Wissen von Bayerns Seniorinnen und Senioren können wir nicht verzichten und binden sie deswegen künftig noch besser ein.



DIE WAHREN HINTERGRÜNDE DES U-AUSSCHUSSES

Als eines von insgesamt 11 Mitgliedern im Untersuchungsausschuss „Zukunftsmuseum“ möchte ich an dieser Stelle feststellen, dass es völlig üblich ist, sogenannte Beweisanträge zu stellen, damit die vorgebrachten Fragen und Vorwürfe aufgeklärt werden können. Die Opposition stellte jedoch nun Beweisanträge, die mit dem eigentlichen Thema nichts zu tun hatten! So sollte u.a. Einsicht in die Korrespondenz innerhalb der Staatsregierung beantragt werden, was in den Kernbereich der Exekutive gefallen wäre. Dieser Antrag war natürlich abzulehnen, da er mit der zentralen Fragestellung im Untersuchungsausschuss nicht in Einklang zu bringen ist. Aufgrund dieser Ablehnung wird sich nun der Landtag mit den Beweisanträgen befassen. Sollte es auch dort zu einer Ablehnung kommen, dann stünde der Opposition natürlich eine Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof offen. Wir sehen uns daher einem taktischen Manöver der Opposition ausgesetzt, dessen Ziel es zu sein scheint, Schlagzeilen und Skandale zu produzieren. Allein die Tatsache, dass vertrauliche Unterlagen und Gesprächsinhalte in den darauffolgenden Tagen in der NN und NZ zu lesen sind sprechen für sich. Ich stehe für eine lückenlose und korrekte Aufklärung des Sachverhalts. Die Opposition möchte jedoch Profit für die bevorstehenden Landtagswahlen herauschlagen. Da helfen auch keine Vorwürfe, dass die CSU und FW in dieser Sache mauerten.

„Die Opposition hat nur ein Ziel: Schlagzeilen produzieren und Skandale erfinden!“

Jochen Kohler
MdL Nürnberg-West

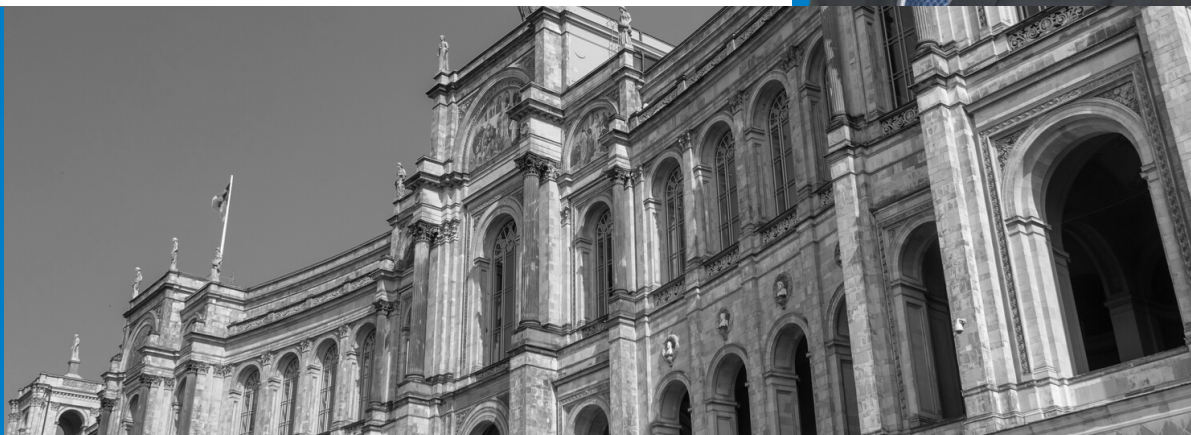
[Website](#)



„Der Haushalt 2023 ist solide, beständig und stellt uns für die Zukunft gut auf.“

Hans Herold
MdL Fürth-Land

[Website](#)



HAUSHALT 23: FRAKTION BRINGT 71 MRD. EURO AUF DEN WEG

Die CSU-Fraktion hat in dieser Woche im Landtag den Weg für den Etat 2023 für alle Ressorts der Staatsregierung geebnet – insgesamt sind das für dieses Jahr 71,2 Milliarden Euro. Im Mittelpunkt steht die finanzpolitische Stabilität in Krisenzeiten und zukunftsgerichtete Investitionen. Jeder dritte Euro fließt weiterhin in die Bildung und der Etat für Wohnen, Bau und Verkehr steigt um mehr als 26 %. Als Berichterstatter im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zum Fachbereich Kommunalen Finanzausgleich freut es mich besonders, dass der Freistaat Bayern den Kommunen im Jahr 2023 insgesamt 11,16 Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Damit wird das Vorjahresergebnis mit einer Steigerung um 5,8 % deutlich übertroffen. Die zusätzlichen Investitionsmittel helfen beim Sanieren und Bauen: Für den kommunalen Hochbau steht eine Milliarde zur Verfügung. Die Härtefallförderung von Abwasser- und Wasseranlagen erreicht mit 150 Mio. Euro einen Höchstwert. Gerade auch die Schlüsselzuweisungen, die um 267 Millionen auf 4,27 Milliarden deutlich steigen, stabilisieren die Haushalte in Zeiten steigender Ausgaben. Im Ressort Wirtschaft mit einem Gesamtetat von 1,7 Milliarden Euro setzen wir Schwerpunkte im Bereich Erneuerbare Energien, mit insgesamt 15 Mio. Euro für die Geothermie. Um das Handwerk weiter zu stärken stellt die CSU-Fraktion 60,2 Mio. Euro für den Meisterbonus zur Verfügung. Als Anreiz zur beruflichen Weiterbildung. Das stärkt den Mittelstand und kommt allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute. Kompetente Handwerkerinnen und Handwerker sind die Zukunft für unsere Betriebe gerade im ländlichen Raum.

**„Die Sicherheit der
Bürgerinnen und
Bürger steht für
uns an erster
Stelle!“**

HAUSHALT 23: CSU-FRAKTION GIBT ETAT FÜR JUSTIZ FREI

Die CSU-Fraktion unterstützt den Etat 2023 für das Ressort Justiz. Im Bereich Justiz setzt die CSU-Fraktion bei einem Gesamtetat von über 2,9 Mrd. Euro (+3,4 %) besonders auf Investitionen in die Leistungsfähigkeit: Im Fokus stehen hier 150 neue Stellen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und weitere Justizbeschäftigte, die weitere Digitalisierung der Justiz (125,5 Mio. Euro) sowie die Neubauten des Strafjustizzentrums München, der JVA Passau und der JVA Marktredwitz. Als rechtspolitische Sprecherin der CSU-Landtagsfraktion und Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bayerischen Landtag möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Bayern oberste Priorität hat. Darum erhöhen wir den Justizhaushalt 2023 noch einmal um fast 100 Mio. Euro auf nun gut 2,9 Mrd. Euro. Mit den neuen Stellen entlasten wir Gerichte und Staatsanwaltschaften. Auch die großen Bauprojekte werden ein Plus an Sicherheit bringen. Unser Anspruch muss es sein, dass die bayerische Justiz digital und bürgernah arbeitet. Dies bedeutet für mich, leichte Zugänglichkeit, ein hohes Maß an Transparenz, verlässliche Erreichbarkeit, schnelle und konsequente Verfahren. Zudem ist es wichtig, Menschen mit einer gewissen Internetferne nicht aus den Augen zu verlieren und auch deren Bedürfnissen gerecht zu werden. Bis 2026 muss zudem die E-Akte an allen deutschen Gerichten eingeführt sein. Wir wollen dies jedoch deutlich früher umsetzen und nehmen daher in diesem Haushalt erneut richtig Geld für die Digitalisierung der Justiz in die Hand.

**Petra Guttenberger
MdL Fürth**
[Website](#)



Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Schwabach

CSU Nürnberg-Fürth-Schwabach
Jakobstraße 46 - 90402 Nürnberg
E-Mail: nuernberg@csu-bayern.de
Telefon: 0911/241544-0

Wenn Sie unsere politische Arbeit unterstützen möchten:
Hypovereinsbank Nürnberg
IBAN: DE90 7602 0070 0005 4150 20
BIC: HYVEDEMM460